

## Kein Verständnis

Auf der Fragestunde zu Beginn der letzten Stadtratssitzung am 28.06.12 beklagte sich eine Anwohnerin von Neukürenz über den Verkehrslärm, der in der angrenzenden Kohlenstraße „unerträglichen Ausmaße erreicht habe“ (TV, 29.06.12). Der Lärm habe in den 17 Jahren, in denen sie schon Am Birnbaum wohne, permanent zugenommen. Dies sei nicht mehr hinnehmbar. Die Antwort der zuständigen Baudezernentin, Frau Kaes-Torchinani (CDU), ist erbärmlich: Die Dezernentin bekundete zwar „großes Verständnis“, zeigte sich aber machtlos“ (TV, 29.06.12) etwas zu tun. Eine Verwaltung, die nicht in der Lage ist, zu handeln, wenn betroffene Bürger/innen ein allen in Rat und Verwaltung altbekanntes Problem zur Sprache bringen, verdient die Lobpreisungen der „Bürgernähe“ und „kommunale Selbstverwaltung“ nicht. Ganz besonders nicht, wenn die Verwaltung nicht einmal ihre durchaus vorhandene Kreativität spielen lassen darf, sondern mit den Worten der Dezernentin darauf verdammt ist, zu warten, dass höhere Verwaltungsebenen der Stadt Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: „Weder EU, Bund noch Land stellen Kommunen Geld für Abhilfe zur Verfügung, und aus eigener Kraft können wir das nicht“ (TV, ebd.), meint Frau Kaes-Torchinani. - Hier endet jedoch das Verständnis der Bürger/innen!

Schon mit geringem Aufwand ließe sich an vielen Lärmorten in Trierer erhebliches erreichen, würde z.B. an diesen Stellen die Geschwindigkeit von 50 km/h auf Tempo-30 konsequent reduziert! Diese Maßnahme stehe aber außerhalb der Macht der Verwaltung – oder besser: außerhalb des Willens (oder der Vorstellungsgabe) von Frau Kaes-Torchinani.

Immerhin weiß hier die alte Weisheit der „Bürgerinitiative Lebenswertes Kürenz“ rat: „Wo ein Wille, da ein Weg!“ Der Wille aber, etwas an den schier unerträglichen Umständen in so manchen vom Lärm gebeutelten Straßenzügen in Trier zu ändern, fehlt ganz offensichtlich in der Verwaltung, denn sonst hätte man durchaus schon zu gänzlich unkonventionellen, aber kreativen Mitteln im Baudezernat greifen können. – „Man“ tat dies aber bisher nicht! - Und diesen Vorwurf muss die Verwaltung und ihre Chefin persönlich ertragen, so wie die Bürgerinnen den täglichen „Lärm“ ertragen müssen. Was auf Dauer hier aber verträglicher ist, steht jetzt schon fest! - Und keiner glaube ja, das Zünglein schließe in Richtung Verwaltung aus - keineswegs! Die berechtigte Frage der Anwohnerin: „Wie viel Lärm muss ich noch ertragen?“, mündet in die ebenso berechtigte Frage: Wie lange müssen wir die Untätigkeit der Verwaltung noch ertragen?

Nur ganz nebenbei, sei hier einmal angeführt, wie sich die Schallwerte bzw. das dahinter liegende Lärmpotenzial für die betroffenen Anwohner von der „Kohlenstraße“ (Ecke: Am Birnbaum) bis in die „Avelsbacher Straße“ hinein steigert, die bekanntermaßen durch einen „Tunneleffekt“ extrem belastet ist:

**Demnach ist der untere Teil, die Avelsbacher Straße mit 91 dB(A) tagsüber und 87 dB(A) nachts bei weitem am stärksten Belastet (erlaubte Höchstwerte sind dagegen: unter/bis 70 dB(A) tagsüber sowie unter/bis 60 dB(A) nachts)! Im Aveler Tal bis hin zum Keuneweg liegen die Werte deutlich darunter bei 7 dB(A) tagsüber und bei 4 dB(A) nachts. Der obere Abschnitt der L144 vom Keuneweg bis hin zum Kreisel in der Kohlenstraße verzeichnet nur noch 4 dB(A) bzw. 2 dB(A) nachts. Diese Gegenüberstellung belegt die enorme Potenzierung des „Tunneleffekts“ in der Avelsbacher Straße ausdrücklich (vgl. Lärmaktionsplan 2010, S. 23)!**

Was hielte Frau Kaes-Torchinani denn von der Umkehrung ihres eigenen Satzes, wenn z.B. die Anwohner gegen den Lärm in ihren Straßen klagten: „Aus eigener Kraft können wir nicht mehr dagegen an, nämlich gegen den Lärmpegel in den Straßen“??? – Dass hier das Sozialprinzip eines der größten Geister der Stadt Trier, nämlich Oswald von Nell-Breuning, der übrigens „auf den Schultern

von Karl Marx steht“, mit Füßen getreten wird, sei nur den Verständigen angemerkt: Das sog. „Subsidiaritätsprinzip“ der christlichen Soziallehre sieht nämlich vor, die untergeordneten Einheiten wie Familien etc. genau dann von den übergeordneten Einheiten wie der Kommunalgemeinde oder der Stadt Trier bzw. dem Land, etc. unterstützt werden muss, wenn diese untergeordneten Einheiten die Probleme nicht mehr alleine in den Griff bekommen. Im Fall der Lärmproduktion ist es sogar die Allgemeinheit, die das Problem für die einzelnen Anwohner in den Straßen produziert. M.a.W.: Die Lärmproblematik ist nicht von den Anwohner/innen selbstverursacht, sondern von dem Verhalten der Gemeinde, die in diesem Falle die Anderen sind, und deren Verhalten – z.B. Raserei – von der Verwaltung geduldet wird. Undemokratischer waren die gesellschaftlichen Strukturen kaum je als in diesen Fällen!